

EuropolIS

Pressemitteilung

Bankenunion: eine drohende Gefahr für die Finanzstabilität – Deutschlands Kontrolle über die Kreditinstitute steht auf dem Spiel

Berlin, 22. November 2018 - Am 27. November 2018 findet vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Mündliche Verhandlung zur Bankenunion statt.

Die Klägergruppe Europolis hat seit 2014 in zahlreichen Schriftsätzen auf die Verfassungswidrigkeit der Übertragung der gesamten Bankenaufsicht und Bankenabwicklung auf die Europäische Union hingewiesen. Gleichzeitig hat sie die unterlassene Anwendung der im Rahmen der Bankenunion geschaffenen Rechtsregeln, für Griechenland und Italien, moniert.

Angesichts der Gefahren, die von der Bankenunion, ausgehen, verwundert das bisherige Schweigen des Bundestages. Er hat sogar darauf verzichtet, sich am Verfahren in Karlsruhe zu beteiligen. „Dabei geht es um nichts geringeres als die deutsche Haftung für nichtdeutsche Banken“, erklärt der Verfahrensbevollmächtigte Prof. Markus C. Kerber. „Herrschaft und Haftung werden entkoppelt und damit geradezu ein Einfallstor dafür geschaffen, das der deutsche Sparer über die Vergemeinschaftung der Abwicklungsfinanzierung für notleidende Banken vor allem in Südeuropa zahlen muss.“

10178 Berlin
Hackescher Markt 4
Tel.: 030-843 14 136
Fax.: 030-843 14 137

Mobil: 00 49-172-393 53 12
E-mail: mkerber@europolis-online.org
Internet: www.europolis-online.org

75016 Paris
25 bis rue Jasmin
Tel.: 00 33-1-40 50 68 77

Die mündliche Verhandlung fällt in eine Zeit weitreichender Vorschläge der französischen Regierung und der EU-Kommission zur „Vollendung“ der Bankenunion und „Vertiefung“ der Währungsunion. „Noch nie war die Souveränität Deutschlands so bedroht. Noch nie schief der Bundestag so tief“, bemerkt Kerber.

Berlin, 22.11.2018

Pressekontakt:

Dr. Adrian Klein, legal officer

E-Mail: sek3@officemck.de,

Tel.: 0049-(0)30 84314136